

gen Kürzungen usw.) einschreiben können und die durch diesen Signifikanten repräsentiert werden. Doch parallel zu diesem – unvollkommenen – Entleerungsprozess, den Laclau/Mouffe so eindringlich beschreiben, füllt sich andererseits der leere Signifikant »des Volkes« mit der anwesenden Menge. Die abwesende Gemeinschaft nimmt die über hunderttausend Körper auf der Straße in sich auf. Das Zeichen füllt sich mit der anwesenden Menge, die sich in und durch ihr Zusammenkommen als ein vereintes Kollektiv begreift. *Entleerung und Füllung* bedingen sich. Ohne das entleerte Zeichen »Volk« würden sich die Körper auf dem Platz nicht als Gemeinschaft verstehen können, ohne ihr – zumindest punktuell – Zusammentreffen würden sie sich nicht als ein neues Volk postulieren. Ein Volk zumal, das in der Lage scheint, die alte Ordnung zu stürzen und eine neue herzustellen. *El pueblo*, den Errejón, Iglesias und Co. anrufen, ist ein Signifikant, der über seine Zeichenhaftigkeit hinaustreibt, der neben der semiotischen eine sinnliche Gestalt annimmt. Das Volk ist im substantiellen Sinne abwesend, doch wenn es sich samt seiner Führungsfiguren als anwesende Masse verkörpert, kann es einen mächtigen Anspruch auf Souveränität erheben.

Abbildung 24, die Pablo Iglesias vor dem Publikum bei der *Marcha del Cambio* am 31. Januar 2015 zeigt, vermittelt davon einen Eindruck:

Abb. 24: Rede von Pablo Iglesias, *Marcha del Cambio*, Madrid, 31. Januar 2015



Quelle: <https://commons.wikimedia.org>, CC-BY-3.0443

3.4 Ein Land vor der Wahl (Dezember 2015)

Die Massenmobilisierung beim »Marsch des Wandels« und die Artikulation des leeren Signifikanten *el pueblo* als ein abwesend-anwesendes Zeichen offenbaren den untypischen Charakter von Podemos als ein Parteiprojekt, das auch Massenbewegung sein will. Zugleich setzt die Kraft von Iglesias, Errejón und Co. gerade im Jahr 2015 einen eindeutigen Schwerpunkt darauf, bei den sukzessiven Wahlgängen zu reüssieren. Podemos soll, wie Errejón 2014 und 2015 unermüdlich betont, eine »effiziente Wahlkampfmaschine« sein, die das Momentum der Krise zu nutzen weiß. Doch just das offene Gelegenheitsfenster für jenes egalitäre und antielitäre Volkssubjekt, das Podemos auf

den Straßen Madrids am 31. Januar 2015 emphatisch ausgerufen hatte, scheint sich in den darauffolgenden Monaten abrupt zu schließen.

Ist Podemos bis Ende 2014 *die* neue Partei, die als einzige die Korruptionspraktiken der tradierten Volksparteien genauso wie deren alternativlose Austeritätspolitik in Frage stellt, so beginnt die 2006 in Katalonien gegründete Partei Ciudadanos (Bürger), die bis dahin nur ein Randakteur geblieben war, in den ersten Monaten von 2015 eine großangelegte Kampagne, um zur moderaten Alternative aufzusteigen. Unter der Führung des damals 36-jährigen Juristen Albert Rivera formiert sich eine Kraft, die sich noch emphatischer als Podemos als Vertreterin einer *nueva política* (neuen Politik) stilisiert. Auch Ciudadanos greift das bestehende politische System an und verurteilt dessen Intransparenz, Nepotismus und Entfremdung vis-à-vis der Bevölkerung. Doch der Regenerationsanspruch der Partei Riveras ist dezidiert wirtschaftsliberal, er kürt die angebliche Effizienz, Flexibilität und Leistungsgerechtigkeit des freien Marktes zum Vorbild, nach dessen Maßgabe Spaniens Politik und Gesellschaft umzugestalten seien (vgl. Domínguez Benavente 2017: 61, einführend: Rodríguez/Barrio 2015).

Ciudadanos wird zum »Podemos von rechts« (Lluís 2018), es erscheint als jugendliche, moderate und wirtschaftsfreundliche Regenerationsoption – und tritt für einen pragmatischen Kompromiss aller gemäßigten linken und rechten Kräfte ein. Mehr noch, Ciudadanos gibt sich als eine *antipopulistische* Partei. Sie grenzt sich vehement vom Radikalismus ab, den für sie Podemos genauso wie der baskische und besonders der katalanische Separatismus verkörpern. Sie alle gelten Ciudadanos als potentielle Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat, mit ihnen ist jede Einigung unmöglich (vgl. Minder 2015). Der Aufstieg von Ciudadanos bremst Podemos deutlich aus. Die Wählerbasis der Rechtsliberalen wächst im Laufe des Jahres 2015 rapide; von Ciudadanos angezogen werden vor allem diejenigen, die sich als ideologisch mittig – weder links noch rechts – beschreiben (vgl. García de Blas/Mateo 2015).

Der Aufstieg von Ciudadanos ist ein *Symptom* für die Reaktion der hegemonialen Akteure gegenüber Podemos. Gewisse Diskursmomente wie die Kritik an der Korruption werden selbst von den etablierten – von Korruptionsskandalen betroffenen – Volksparteien reartikuliert, während zugleich das gegenhegemoniale Projekt »Podemos« als radikal *delegitimiert* wird. So tut dies exemplarisch die Ciudadanos-Politikerin Begoña Villacís: »Sie [die Podemos-Politiker] sind stets einverstanden mit Venezuela gewesen, sie waren Berater des dortigen Regimes, sie brachten Hugo Chávez nach Spanien, sie identifizieren sich mit Kuba.« (Villacís 2015: 140) Solche zusehends populären Deutungsmuster grenzen Podemos aus, deuten es als eine explizit linksradikale, kaum noch in Spaniens liberaldemokratischen Ordnungsrahmen passende Kraft (vgl. Valdivielso 2017: 305f.). Die expansive Strategie von Iglesias, Errejón und Co, mit der Unten-oben-Konfliktlinie ein querschnittartiges Projekt zu artikulieren, steht so in Frage. Die lateinamerikanischen Vorbilder von Podemos werden in Spanien vorwiegend *nicht* unter dem Gesichtspunkt des sozialen Fortschrittes und der politischen Ermächtigung verhandelt, den sie für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (zeitweilig) brachten, sondern unter dem Gesichtspunkt ihres Antiliberalismus, Antipluralismus und Autoritarismus. »Venezuela« wird zum Kampfbegriff, der Podemos als chavistisches Experiment zu delegitimieren und in die Defensive zu drängen sucht – und hiermit durchaus erfolgreich ist (vgl. Franzé 2017: 231).

Angesichts dessen muss Podemos sich repositionieren, muss sich, Stavrakakis (2020: 57f.) paraphrasierend, an ein neues »antagonistisches Szenario von Populismus gegen Anti-Populismus« anpassen. Gegenüber der sich verbreitenden Diffamierung, dass Podemos »populistisch« sei, also in der Tendenz antidemokratisch und demagogisch, und aus Spanien ein europäisches Venezuela machen wolle (vgl. Román 2015), steht die populistische Hypothese von Iglesias, Errejón und Co. unter Zugzwang: Wie kann die junge Partei im Wahljahr 2015 ihre populistische Strategie so reformulieren, dass sie als unumwunden demokratisch, ja *demokratischer* als ihre Gegner erscheint? Und wie kann sie klarstellen, dass ihre Gesellschaftsentwurf einer ist, der Spanien eben nicht, wie die Ciudadanos-Politikerin Villacís nahelegt, nach »1936«, also in die Bürgerkriegszeiten, zurückwirft, sondern ein besseres Land verwirklichen könnte?

Um die veränderte, aber 2015 (noch) nicht grundsätzlich andersartige Artikulationspraxis von Podemos zu analysieren, bietet sich der Wahlkampf vor der Parlamentswahl von Dezember 2015 an.⁵⁰ Für die Parteiführung ist es *die* Bewährungsprobe ihrer Hypothese, es ist die Möglichkeit, knapp zwei Jahre nach der Parteigründung zu bestimmen, wie stark ihr gegenhegemoniales Projekt in Spanien tatsächlich ist. In den Wahlkampf tritt die Partei in einer denkbar ungünstigen Position, rangiert sie doch im Herbst 2015 in Umfragen bei knapp zehn Prozent (vgl. CIS 2015: 16). Eine Antwort auf die Frage, ob und wie Podemos diese defensive Position durchbricht und wie sein nun aktualisierte Profil aussieht, bietet das Wahlprogramm der Partei. Dieses Programm ist jetzt zu analysieren. Mit ihm werden sich bereits bekannte, aber auch etliche unbekannte Merkmale des Podemos-Diskurses herausstellen.

An erster Stelle sticht der Titel des Programmes hervor: *Queremos, Sabemos, Podemos. Un programa para cambiar nuestro país* (Wir wollen, wir wissen, wir können. Ein Programm, um unser Land zu verändern). Die Aufzählung der drei Verben – wobei das letzte ein Wortspiel mit dem Parteinamen ist – soll veranschaulichen, dass Podemos eine einzigartige Melange aufweist. Die Partei möchte nicht nur die Protestbewegungen der Vorjahre im Parlament repräsentieren (wie der Parteiname mit seiner Anlehnung an das Motto *Sí se puede!* zeigt), sie tritt ferner als eine Kraft an, die sich das Regieren zutraut. *Queremos* (wir wollen) und *sabemos* (wir wissen) – beide Verben sollen den Regierungswillen und die Regierungskompetenz von Podemos unterstreichen. Beides wird, der zweite Satz des Programmtitels legt es offen, in den Dienst eines transformativen Projekts für Spanien gestellt. In diesem Satz steckt auch ein Verb, *cambiar* (verändern), das den Begriff des *cambio* (Wandels) politisch reaktiviert, der in den frühen 1980er Jahren von den Sozialisten als Schlüsselsignifikant von Spaniens Modernisierung gebraucht wurde (Kap. II.2.b). Daran schließt Podemos explizit an, es verspricht ein grundsätzlich verändertes Spanien, das seine krisengerüttelte Gegenwart überwindet.

50 Die Parlamentswahl von 2015 ist nicht die erste Wahl, an der Podemos antritt. Doch erst bei dieser liegt die Strategie von Podemos ganz in der Verantwortung jener Führungsriege, welche die Partei Anfang 2014 gründete. Bei den Regionalwahlen im Frühjahr und Herbst 2015 partizipiert zwar Podemos bereits, doch hier ist vielerorts die junge Partei organisatorisch noch (zu) unvorbereitet, um viele der lokalen Fragen zu adressieren. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2015 beteiligt sich Podemos wiederum an neuen linken Wählerplattformen, die in vielen Metropolen reüssieren und in Madrid, Barcelona, Valencia oder Zaragoza die Kommunalregierung übernehmen.

Doch welches Spanien strebt Podemos an? Das Inhaltsverzeichnis des über 300-seitigen Programms ist dafür ausschlaggebend. Die Titel der fünf Kapitel, die das Wahlprogramm strukturieren, lauten: »1. Wirtschaftliche Demokratie (15–72), 2. Soziale Demokratie (73–154), 3. Politische Demokratie (155–190), 4. Bürgerdemokratie (191–208), 5. Internationale Demokratie (209–231).« (Podemos 2015a) Fünfmal taucht der Begriff der Demokratie auf, selbst in Bereichen wie der Wirtschaft oder in der Sparte »Internationales«, wo er nicht unmittelbar zu vermuten wäre. Die Idee der Volkssouveränität, die sich in den Reden von Iglesias und Co. so emphatisch artikuliert, tut es auch hier. Zudem sticht allein von der Seitenzahl her hervor, dass die beiden ersten Kapitel des Programms, »Wirtschaft« und »Soziales« im Wahlprogramm mit doppelt so vielen Seiten wie die anderen Kapitel aufwarten. Podemos möchte sich als eine demokratische Alternative profilieren, die sich die schwere Aufgabe zutraut, Spanien in seinen Grundfesten zu verändern, namentlich im wirtschaftlichen wie sozialstaatlichen Sinne.

Bevor sich die Aufmerksamkeit auf das Wirtschaftsprogramm von Podemos richtet, ist der Fokus auf das Vorwort des Programms wichtig. Auf fünf Seiten wird pointiert in das Dokument eingeführt. Während der erste Abschnitt die Entstehungsgeschichte von Podemos rekapituliert und die Partei als eine basisdemokratisch geprägte Plattform vorstellt, unterstreicht der zweite: »Nach 22 nicht immer leichten Monaten ist der Augenblick gekommen, für den wir geboren wurden. Wir haben das Ufer dieser Transition in der Geschichte Spaniens erreicht. Von uns wird die Richtung des Wandels abhängen.« (Ebd.: 9) Emphatisch wird die Parlamentswahl von 2015 als ein historisches Moment beschrieben, als eine substantielle Entscheidung. Im zweiten Satz werden mit der Periphrase von Strom und Ufer die Signifikanten der »Transition« und des »Wandels« artikuliert, die 40 Jahre zuvor derart zentral gewesen waren. Für Podemos erscheint diese Wahl als eine Schwellenzeit zwischen einem alten und einem neuen Spanien. So wird es auf der dritten Seite des Textes formuliert:

Dieses Programm enthält Forderungen verschiedenster Art [...] Aber insgesamt schlagen sie alle eine Veränderungsrouten [*ruta de cambio*] für unseres Land vor, aus der eine Umgestaltung unseres Verfassungsrahmens [*marco constitucional*] folgt. Dieses Programm zu erfüllen, heißt Veränderungen in der Norm von 78 vorzunehmen, die in der Lage sind, unser Land mit einer neuen juristischen Architektur zu versehen. (Ebd.: 11)

Zwischen diesen Zeilen schwebt, in nun abgeschwächter Form, die Idee eines Gründungsprozesses, wie ihn Podemos anfänglich sehr stark machte. Die vorgeschlagene »Umgestaltung des Verfassungsrahmens« bleibt jedoch gewichtig. Mit der »Norm von 78« ist nichts anderes gemeint als Spaniens 1978 verabschiedete Verfassung. Die Metonymie »Norm von 78« wertet diese Verfassung ab, verkürzt zum einen die aus einem breiten Verhandlungs- und Kompromissprozess hervorgegangene Verfassung auf eine beliebig erscheinende »Norm« und sie relativiert zum anderen die immer noch währende Gültigkeit dieser Verfassung, indem sie diese an ihr Gründungsdatum, das Jahr 1978, zurückbindet (vgl. Iglesias 2015a: 10f.). Diese delegitimierende Geste der in Spanien geltenden Verfassung lässt sich kaum unterschätzen, in ihrer Deutlichkeit ist sie ein

Symptom für den Legitimitätsverlust des politischen Systems Spaniens, das durch diese Verfassung repräsentiert und juristisch gepanzert wird.⁵¹

Unübersehbar äußert sich somit im Wahlprogramm von Podemos der antagonistische Signifikant vom »Regime von 78«, mit dem sich Iglesias und Co. von der grundsätzlichen *Gesellschaftsordnung* abgrenzen, die aus dem Ende der Franco-Diktatur hervorgegangen ist (vgl. Rendueles/Sola 2019: 14). Der Begriff »Regime von 78« bezeichnet zwar politologisch korrekt das aus der Diktatur hervorgegangene politische System. Vor allem aber funktioniert »Regime von 78« als eine sowohl abwertende als auch begrenzende Metapher, sie macht aus dem demokratischen System eine Ordnung, in der nicht das Demokratie-, sondern das Zwangsmoment wiederhallt, die weniger den demokratischen Bruch als vielmehr die Kontinuitätslinien gegenüber dem franquistischen Regime betont. Das »Regime von 78« wird insofern zur Metapher für die Delegitimierung der gesamten institutionellen Ordnung Spaniens. Demgegenüber entwirft Podemos ein verändertes politisches Regelwerk. Im Wahlprogramm läuft die Delegitimierung des Ist-Zustandes auf Forderungen nach einer Verfassungsänderung heraus.

Diese Forderungen kreisen vor allem um zwei Themen: die Stärkung des Sozialstaates und den Ausbau des demokratischen Rechtsstaates. Einerseits gehe es, so Podemos, darum, soziale Rechte wie das auf Gesundheit, Bildung, Wohnen und würdevolle Arbeit sicherstellen. Zudem sei ein Wandel des Produktivmodells durch öffentliche Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation anzustoßen, um »Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse« zu bekämpfen (Podemos 2015a: 12). Andererseits soll eine überarbeitete Verfassung eine unabhängige Justiz sowie die Gleichheit aller Spanierinnen durch ein neues Wahlsystem garantieren, aber auch »das Ende der Straffreiheit der Korrupten« durch einen neuen Rechtsrahmen sicherstellen, der die Parteien zu Transparenz zwingt und die Untersuchung von Korruptionsfällen beschleunigt (ebd.). Diese groben Positionen dürften sich zwar aus der bisherigen Rekonstruktion der Reden von Pablo Iglesias oder Íñigo Errejón ableiten lassen. Doch nun werden sie in den Rang von expliziten *Verfassungsänderungen* gehoben. Sie suchen den Rahmen der politischen Legitimität neu zu definieren, das politische System des Landes umzuformen. Diese neugründende Geste wird in einem bislang noch nicht angesprochenen Punkt deutlich. Die Verfassungsänderung müsse auch die »Anerkennung des plurinationalen Charakters Spaniens sicherstellen sowie das Recht auf die demokratische Selbstbestimmung des Verhältnisses, das man gegenüber Spanien insgesamt einnehmen möchte« (ebd.:12).

Es taucht hier jene Konfliktachse auf, die diese Studie zwar gezielt ausklammert, die sich aber faktisch wie eine zweite Ebene über den analysierten Zeitraum legt. Es ist die nationale Frage, wie sie in der jüngeren Vergangenheit vor allem die katalanische Unabhängigkeitsbewegung adressiert hat. Ihr gegenüber nimmt Podemos eine gänzlich

51 Als kontrafaktischer Vergleich hilft es, sich vor Augen zu halten, welche Erschütterungen die Bundesrepublik Deutschland erleben müsste, damit seitens einer großen demokratischen Partei das Grundgesetz als »veränderungsbedürftige Norm von 49« abgetan würde. Ein gar nicht so abwegiger Vergleich angesichts der Tatsache, dass Spanien bis Mitte der Nullerjahre als Modell eines erfolgreichen demokratischen Rechtsstaates galt, dessen vorbildliche Transition von der Diktatur zur Demokratie als der Maßstab für die späteren Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika oder Osteuropa fungierte.

andere Position ein als die restlichen großen Parteien. Während diese das Unabhängigkeitsbegehren in Katalonien entweder diametral ablehnen und demgegenüber die Einheit der spanischen Nation hochhalten oder diffus von einem Spanien »diverser Kulturen und Nationalitäten« sprechen, ohne daraus politische Konsequenzen zu ziehen,⁵² akzeptiert Podemos die Prämisse des katalanischen – sowie baskischen – Nationalismus. Sie lautet, dass Spanien eine *Nation der Nationen* ist, und dass für die drei historischen Nationen der spanischen Peripherie, für die baskische, die galizische und die katalanische, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt.

Im Kapitel »Politische Demokratie« des Podemos-Programms wird diese Position als Forderung Nr. 277, »Recht auf Selbstbestimmung«, wie folgt ausbuchstabiert:

Wir werden einen breiten Bürgerdialog über die Anerkennung und die Ausübungsformen des Rechts auf Selbstbestimmung im Rahmen der Debatte über die Verfassungsänderung eröffnen. Wir werden verfassungsrechtlich die plurinationale Natur Spaniens anerkennen, und wir werden das Recht der Regionalregierungen absichern, Bürgerbefragungen [*consultas a la ciudadanía*] über die territoriale Einfügung des Landes durchzuführen.

Das heißt, dass wir die Veranstaltung eines Referendums mit allen Garantien in Katalonien veranstalten werden, damit seine Bürgerinnen und Bürger über den Typ des territorialen Verhältnisses mit dem Rest Spaniens entscheiden können.

Wir werden den Respekt als basales Fundament der Beziehungen zwischen den Regierungen und den Parlamenten auf allen politischen Ebenen des Staates wiederherstellen.

Wir werden einen Prozess des Verfassungswandels beginnen, der unter anderem die Probleme der territorialen Artikulation zu lösen versucht, und wir werden die Erfahrungen Großbritanniens und Kanadas bewerten und diskutieren. (Ebd.: 188f.)

Diese Forderung legt die Responsivität von Podemos gegenüber Kataloniens Unabhängigkeitsbewegung offen. Die Partei verpflichtet sich sowohl (2. Abschnitt) zur Abhaltung eines Referendums in Katalonien als auch proaktiv (3. Abschnitt) von vergleichbaren Erfahrungen zu lernen.⁵³ Parallel dazu artikuliert Podemos die Idee eines neuen Territorialmodells für Spanien, das explizit dessen Plurinationalität anerkennt. Dieses Modell beruht, und das ist wichtig, auf der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten. Das katalanische Referendum avanciert gleichsam zum Vorbild, das es im Rest Spaniens in einer abgeschwächten, da nicht bindenden Variante von Bürgerbefragungen zu replizieren gilt. Das Territorialmodell des Staates verliert seine institutionelle Fixierung, es wird als ein ungelöstes Problem reaktiviert, dessen politische Lösung nur den Bürgerinnen selbst obliegen kann. Mit dieser doppelten Forderung legt Podemos exemplarisch offen, wie sich die Partei die »Debatte über die Verfassungsänderung« vorstellt, nämlich

52 So verharnte im Jahr 2015 der sozialistische PSOE bei einer eher folkloristischen Idee von Spaniens Vielfalt.

53 Dass dabei mit Kanada und Großbritannien Beispiele fallen, in denen die Unabhängigkeitsreferenden Schottlands und Québécois nicht erfolgreich waren – anders als etwa in Slowenien –, zeigt gleichwohl relativ explizit, dass Podemos nicht die Unabhängigkeit Kataloniens, sondern dessen Verbleib in Spanien befürwortet.

als einen breiten demokratischen Prozess, der die Beteiligung der Bürgerinnen nicht beschränkt, sondern diese aktiviert. In der Podemos-Vision ist das grundsätzlich erneuerte Regelwerk Spaniens eine *radikaldemokratische* Unternehmung, sie entsteht in einem partizipatorischen Willensbildungsprozess (Input-Seite), und wird durch Abstimmungen wie diejenigen zum Territorialmodell legitimiert (Output-Seite).

Dieser demokratische Charakter von Spaniens veränderter Verfassung wird auch in der Einleitung des Programms emphatisch unterstrichen:

[W]ir glauben, dass wir nur mit mehr Demokratie die ökonomische, soziale, institutionelle und territoriale Krise überwinden können, die Spanien durchmacht. Wir wollen, dass alle Spanierinnen und alle Spanier mittels eines Referendums darüber entscheiden, ob sie einen Prozess der Verfassungsänderung beginnen wollen oder nicht. (Ebd.: 12f.)

Die Tatsache, dass die von Podemos vorgeschlagene Verfassungsänderung erst durch ein Referendum initiiert werden soll, verleiht diesem Prozess einen grundsätzlichen Charakter. Einzelne Verfassungsartikel ließen sich durch die beiden repräsentativen Kammern (Parlament und Senat) verändern, doch die Änderungen, die die neue Partei anstrebt, bedürfen einer umfassenderen, plebiszitären Legitimierung. Dass »mehr Demokratie« mit direkter Demokratie gleichgestellt wird, zeigt, dass das Podemos-Programm den Empörungsdiskurs reartikuliert, um das *direktdemokratische Moment* gegenüber dem repräsentativdemokratischen zu privilegieren. Am obigen Zitat fällt noch eine Verbindungslinie zwischen Podemos und den ihr vorhergehenden Protesten auf: Es ist die Art, wie Spaniens Krise beschrieben wird. Die Auflistung im ersten Satz des Zitats nennt die territoriale Krise, doch sie tut es an letzter Stelle. Dass zuvor die Adjektive ökonomisch, sozial und institutionell fallen, erinnert subtil daran, dass es diese ersten drei Gebiete sind, auf die Podemos – und zuvor die Indignados – den Schwerpunkt legen. Erst von ihnen ausgehend wird die »Regimekrise« bestimmbar und erhält die »konstituierende Macht«, welche die Krise demokratisch überwinden soll, ihr Profil (Bescansa et al. 2015: 105).

Im Kernbereich der diagnostizierten Krise, auf ökonomischem Terrain, artikuliert Podemos ein ausführliches Forderungspaket. Das Wirtschaftsprogramm der Partei tritt als *Kehrtwende* an:

Unsere Haushaltspolitik für die nächsten vier Jahre ist gegenüber derjenigen des PP [die konservative Regierungspartei] diametral verschieden, da wir die Prioritäten umdrehen. Wir schlagen eine Wirtschaftspolitik vor, die sich darauf konzentriert, Arbeit zu schaffen, Grundbedürfnisse zu befriedigen und öffentliche Infrastrukturen wie Industrialisierungspolitiken zu fördern, die unsere Wirtschaft verwandeln. (Podemos 2015a: 265)

Das Zitat stammt nicht aus dem Hauptteil des Programms, wo die Haushaltspolitik von Podemos auf über 55 Seiten und in 110 Forderungen entfaltet wird, sondern aus seinem Anhang. Unter dem Titel »Wirtschaftsbericht« (264–281) kondensiert die Partei ihre ökonomischen Vorstellungen in unkonventioneller Manier, kontrastiert sie doch den eigenen Budgetplan für die kommende Legislaturperiode mit demjenigen der konservativen

Regierungspartei PP.⁵⁴ Gegenüber der stetigen Infragestellung der Podemos-Forderungen als »irreal«, »utopisch« und »radikal« (Bermúdez de Castro 2014), zielt dieser Vergleich explizit darauf, die »ökonomische Machbarkeit« der Podemos-Forderungen aufzuzeigen (ebd.).

Podemos baut den Vergleich des eigenen Wirtschaftsplans mit demjenigen der Konservativen auf zwei Seiten auf: die der *Ausgaben* und der *Einnahmen*. Auf beiden Achsen wird mit dem Mittel der Kontrastierung gearbeitet. Die jeweiligen Wirtschaftspläne erscheinen als grundsätzlich verschieden. Während der PP im Jahr 2016 im Sinne seiner Austeritätspolitik das Haushaltsdefizit auf 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduzieren würde, läge dieses Defizit bei Podemos bei 3,9 Prozent – und damit über den drei Prozent, die der EU-Stabilitätspakt vorschreibt. Zwar strebt auch Podemos einen ausgeglichenen Haushalt an, aber langsamer als von den Konservativen angepeilt. Es bliebe selbst am Ende der Legislaturperiode, 2019, immer noch bei 2,2 Prozent und damit deutlich über den vom PP angepeilten 0,3 Prozent (vgl. ebd.: 275f.). So dürfte es kaum überraschen, dass zu der von Podemos angestrebten Verfassungsänderung auch die Aufhebung des Artikels 135 gehört, in dem die Schuldenbremse festgelegt ist (vgl. ebd.: 48).

Dieses erhöhte Defizit wird bedingt durch deutlich erhöhte Ausgaben, besonders prononciert in den ersten beiden Jahren (2016 und 2017) der Legislatur, in denen der Staat je 28 und 29 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben würde.⁵⁵ Diese Ausgaben würden, so Podemos, benötigt, um den Sparkurs im Gesundheits-, Bildungs-, Pflegesektor und in der Rentenversicherung zu stoppen, neue Beschäftigungsprogramme zu lancieren, eine Grundsicherung von 600 Euro einzurichten sowie ein breites Investitionsprogramm zu initiieren mit Akzenten in der ökologischen Energiewende und in den Bereichen Forschung und Innovation (vgl. ebd.: 267f.).⁵⁶

Podemos tritt hierbei als eine klassisch sozialdemokratische Kraft in Erscheinung, deren Ideal ein *aktiver Wohlfahrtsstaat* ist. Ob in Fragen der sozialen Absicherung, der Energiewirtschaft, des spanischen Produktivmodells oder der Steuerpolitik, immer wieder ermahnt die neue Partei, dass Spanien mit seinen europäischen Nachbarländern, mit der EU insgesamt »konvergieren« müsse, »anstatt sich weiter zu entfernen« (ebd.: 57, auch: 27, 35, 66, 135). Zur verkündeten Konvergenz mit Europa gehört auch eine deutliche Erhöhung der Staatseinnahmen. Die Spitzensteuersätze sollen genauso wie die Vermögens- und Körperschaftssteuer erhöht, die Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel und andere Grundgüter dagegen gesenkt werden. Auch Praktiken der Steuerhinterziehung und des Steuerbetruges sollen stärker bekämpft werden, um die Schattenwirtschaft von 20

54 Podemos legt dafür das Stabilitätsprogramm für Spanien zugrunde, das die konservative Regierungspartei für den Zeitraum 2015–2018 der Europäischen Union zustellte (vgl. Podemos 2015a: 265).

55 Angesichts eines spanischen Gesamthaushalts von 460 Milliarden Euro im Jahr 2015 würde dies gegenüber der konservativen Budgetplanung eine Haushaltserhöhung um sechs Prozent bedeuten (vgl. Podemos 2015a: 281).

56 Im (Re-)Industrialisierungsprogramm von Podemos kommt die Ökologie und Nachhaltigkeit zwar vor (vgl. Podemos 2015a: 17–22), sie wird jedoch *nicht* als Dreh- und Angelpunkt hochgehalten. Dem Signifikanten »Ökologie« wird erst ab 2017 – bei Podemos und darüber hinaus – eine Schlüsselrolle zugeschrieben.

Prozent auf »das Niveau Deutschlands zu bringen, das im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt fünf Prozentpunkte niedriger ist« (ebd.: 270). Podemos geht in optimistischer Manier davon aus, dass im Laufe der Legislatur durch die angepeilten Steuererhöhungen und die wirtschaftsbelebende Wirkung der Konjunkturmaßnahmen die Einnahmen des spanischen Staates deutlich erhöht werden und dadurch »den Abstand abkürzen, der uns in diesem Augenblick vom Mittelwert der Eurozone (8 %) trennt« (ebd.: 269).

Die Anspielungen auf Deutschland und Europa sind nicht unwichtig. Der aktive und starke Staat, für den Podemos eintritt, sucht fortwährend den Vergleich zu anderen, meist nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Auf diese Weise entwirft die Kraft rund um Iglesias ein Staatsprojekt, das als Sinnbild einer fortschrittlichen Demokratie antritt und in den weitreichenden europäischen Sozialstaatsmodellen sein Vorbild findet.⁵⁷ Jede Identifizierung von Podemos als ein linksradikales oder sogar linksautoritäres Staatsprojekt à la Venezuela wird vermieden. Die junge Partei tritt als ein so kompetenter wie proeuropäischer Akteur in Erscheinung, der die Verarmung großer Bevölkerungsteile und die Tendenz zur sozialen Polarisierung effizient zu erkennen und vor allem einzudämmen weiß. Der erneuerte, sowohl handlungsfähigere als auch interventionswilligere Staat, den das Podemos-Programm umreißt, fungiert in diesem Sinne als ein Instrument der sozialen Kohäsion, der die von Iglesias, Errejón und Co. diagnostizierte Lateinamerikanisierung der spanischen Gesellschaft rückgängig macht und diese auf den westeuropäischen Wohlstandspfad zurückführt.

Gegenüber der dezertifizierenden Kritik, man sei populistisch, antipluralistisch und folglich auch antieuropäisch artikuliert sich Podemos als ein *proeuropäisches* Projekt. Nicht wir haben Spanien polarisiert, verarmt und es hinter die Wohlstandsindikatoren der Eurozone zurückfallen lassen, sondern jene, die den harschen Austeritätskurs von Brüssel umstandslos umsetzen, so der Duktus des Parteiprogramms. Der Signifikant »Europa« rückt hier – wie schon bei der Iglesias-Rede im EU-Parlament – ins Zentrum. Auf die Dezertifizierung von Podemos als »das andere Europa« antwortet die Partei mit einer für sie typischen, umdrehenden Argumentation: Erst durch den Bruch mit den aktuellen EU-Maximen, allen voran der rigiden Schuldenbremse, lässt sich in Spanien die europäische Idee beleben. Wenn aus dem Inkrafttreten der EU-Politiken folgt, dass die krisengerüttelten Länder Süd- und Osteuropas weniger europäisch werden, dass sie auf eine Sozialstruktur zusteuern, die Europas kaum noch würdig ist, dann müssen die wahren Europäerinnen mit den geltenden EU-Politiken brechen. Podemos selbst bricht nicht mit dem sedimentierten Knotenpunkt der »Europäisierung«, sondern besetzt ihn um.

57 Das Dokument *Ein ökonomisches Projekt für die Menschen*, welches die Ökonomen Vicenç Navarro und Juan Torres López im November 2014 für Podemos ausarbeiteten und das auch dieses Wahlprogramm beeinflusste, macht diese Orientierung auf die nordeuropäischen Wohlfahrtsstaatlichkeit besonders deutlich. So etwa: »Man muss die öffentlichen Ausgaben erhöhen und die falsche Idee bekämpfen, dass es in Spanien zu viele öffentliche Ressourcen und Beamte gibt [...] Spanien war 2012 das Land der OECD mit den wenigsten Beschäftigten im öffentlichen Dienst (15,02 %), dreimal weniger als in Dänemark und halb so viele wie in Schweden« (Navarro/Torres López 2014: 53).

Eine Minute zwischen Empörung und Solidarität Wahlen werden nicht mit Wahlprogrammen entschieden. Doch das betrachtete Podemos-Programm liefert wichtige Anhaltspunkte dafür, wie sich das junge Parteiprojekt im Laufe des Jahres 2015 bemüht, eine populistische Anfechtung in eine Regierungsalternative für Spanien zu verwandeln. Bevor der nächste Schritt die Artikulation des spanischen Linkspopulismus in einer Gesamtschau zusammenfasst, lohnt eine abschließende Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden Pablo Iglesias. Er ist das Aushängeschild von Podemos vor der Parlamentswahl am 20. Dezember 2015. Unermüdlich tourt er durchs Land, selbst konservative Stimmen würdigen seinen bravourösen Einsatz (vgl. Méndez 2015). So reüssiert Iglesias auch nach Umfragen bei der einzigen TV-Debatte, die zwischen den vier aussichtsreichsten Parteien – den Konservativen, Sozialisten, Ciudadanos und Podemos – am 7. Dezember stattfindet. Einen Eindruck von Iglesias' Auftritt liefert die wichtige »goldene Minute« (*minuto de oro*) am Ende der Debatte, als er genauso wie die anderen Kandidaten direkt an das Publikum appelliert:

Ich möchte Sie nur um zwei Sachen bitten. Die erste ist, dass Sie nicht vergessen. Dass Sie nicht die Black-Kreditkarten vergessen, dass Sie nicht die Zwangsräumungen vergessen, dass Sie nicht die Púnica vergessen, dass Sie nicht die Gürtel vergessen, dass Sie nicht das »Luis, sei stark« vergessen, dass Sie nicht die ERE-Fälle in Andalusien vergessen, dass Sie nicht den Schwindel bei den Vorzugsaktien vergessen, dass Sie nicht die Schlangen im Gesundheitswesen vergessen, dass Sie nicht die Kürzungen im Bildungswesen vergessen, dass Sie nicht den [Verfassungsartikel] 135 vergessen, dass Sie nicht die Arbeitsmarktreform vergessen.

Die zweite Sache, um die ich Sie bitten werde, ist, dass Sie lächeln. Dass Sie den 15-M anlächeln, dass Sie die Plätze anlächeln, dass Sie die Nachbarn anlächeln, die Zwangsräumungen verhinderten, dass Sie Ada Colau anlächeln, dass Sie die Selbstständigen und die kleinen Unternehmer anlächeln, dass Sie die anlächeln, die um sechs Uhr aufstehen, um zu arbeiten, und auch die, die um sechs Uhr aufstehen, und keinen Ort haben, wo Sie arbeiten sollen, dass Sie die Mütter anlächeln, die 15-Stunden-Tage haben, dass Sie die Großeltern anlächeln, die alles geben, um ihre Rente zu strecken. Lächeln Sie, lächeln Sie, denn es gilt: *Sí se puede!* (Iglesias 2015d)

Iglesias' einminütiger Appell ist unmissverständlich in zwei gleichlange Parts aufgeteilt. Erst kommt die antagonistische Äquivalenzkette, dann die protagonistische. In beiden Fällen wird eine affektive Identifizierung gesucht, einmal über die Listenbildung »nicht vergessen...« mit negativ codierten Affekten wie Groll, Wut oder Feindseligkeit, ein andermal über die Listenbildung »lächeln...« mit positiv codierten wie Hoffnung, Vertrauen oder Stolz. Beide Äquivalenzketten arbeiten mit Verknäppungen. Einzelne Ereignisse oder Praktiken erscheinen als Symbole mit einer metaphorischen Qualität, denen aber insofern »sinnliche Evidenz« zukommt (zum Begriff: Schmid 2011: 9), als sie auf konkrete Phänomene in Spanien verweisen.

In der antagonistischen Äquivalenzkette vermengt Iglesias zwei derartige Phänomenbereiche, die Korruption der Eliten und die Leidenserfahrungen der Durchschnittsbürgerinnen. Zunächst nennt er die besonders prominenten Korruptionsfälle, die in den vergangenen Jahren die beiden tradierten Volksparteien sowie die Bankinstitute betroffen haben. Die Nennungen »Black-Kreditkarten«, »Púnica« und »Gürtel« beziehen sich

auf die Korruptionsskandale, die bei der konservativen Volkspartei PP auf nationaler wie regionaler Ebene aufgedeckt und bereits in der Öffentlichkeit breit skandalisiert wurden (Kap. V.1.b). Mit »Luis, sei stark« zitiert Iglesias ironisch die aufmunternden Worte, die der amtierende Präsident Mariano Rajoy angeblich dem inhaftierten Ex-Schatzmeister der Partei, Luis Bárcenas, zukommen ließ. Allerdings lässt der Podemos-Politiker in seiner Auflistung von Korruptionsfällen weder die Veruntreuung öffentlicher Gelder seitens der andalusischen PSOE-Regionalregierung aus (»ERE-Fälle in Andalusien«) noch die großflächigen Betrugsfälle im Aktienhandel, die jahrzehntelang in Spaniens Bank- und Sparkassenwesen geschahen. Die Korruption erscheint somit als ein *systemisches* Phänomen, das die politischen und finanziellen Eliten geradezu auszeichnet. Durch Iglesias' Fokus auf die Konservativen – die 2015 unter Mariano Rajoy die Zentralregierung stellen – werden diese jedoch zum unrühmlichen Fundament von Spaniens grassierender Korruption.

Die Rückseite der Korruption der Eliten ist das *Leiden* der normalen Menschen. »Zwangsräumungen«, »Schlangen im Gesundheitswesen«, »Kürzungen im Bildungswesen« erinnern an die allseits sichtbaren Folgen, die die Austeritätspolitik, vor allem die der Konservativen ab Ende 2011, verursacht hat. Dass diese Leidenserfahrungen kein Naturphänomen sind, sondern eine Folge von politischen Entscheidungen, verdeutlicht Iglesias, indem er den Verfassungsartikel 135 und die »Arbeitsmarktreform« nennt. Der Mitte 2011 eingeführte Verfassungsartikel 135 schreibt die Schuldenbremse fest, er ist in Spanien zum Symbol des auch durch die EU forcierten Austeritätskurses geworden. Ähnlich verhält es sich mit der Arbeitsmarktreform, welche die konservative Zentralregierung im Jahr 2012 in Gang setzte (siehe: Kap. V.1.b).

Auf der antagonistischen Seite eröffnet sich eine unselige Szenerie, die bereits aus dem Podemos-Diskurs wohlvertraut ist. Die korrupten Eliten regieren nicht für, sondern *gegen* die Bürger. Letztere verarmen, während sich erstere auf ihre Kosten bereichern. Nun bleibt Iglesias nicht bei dieser düsteren Grenzziehung stehen, sondern skizziert in der zweiten Hälfte seines Appells das Bild eines anderen Spaniens, welches es hoffnungsfroh »anzulächeln« gelte.

Genauso wie zuvor artikuliert Iglesias auf der protagonistischen Seite gemeinhin getrennt voneinander behandelte Phänomene als gemeinsame. Er schmiedet aus ihnen ein Narrativ des tugendhaften Landes, für das Podemos einsteht. Es wird an den Protest erinnert, der seit 2011 Spanien geprägt hat und aus dem Podemos hervorgegangen ist. »15-M« – das ist das Kürzel für den 15. Mai 2011, das Startdatum der Proteste der Indignados, wobei »Plätze« auf deren Platzbesetzungen verweist. Mit »den Nachbarn, die Zwangsräumungen verhindern«, würdigt Iglesias die Rolle von aktivistischen Plattformen wie der PAH. Und dass Iglesias mit »Ada Colau« jene ehemalige PAH-Aktivistin nennt, die seit Juni 2015 Bürgermeisterin Barcelonas ist, legt subtil offen: Die Krisenproteste *können* in neuen Mehrheiten und neuen Regierungen münden.

Doch die protagonistische Seite birgt mehr als nur Aktivismus, sie verweist auch auf die durchschnittlichen, nicht besonders politisierten, sondern durch Arbeit und Anstrengung definierten Lebensverhältnisse. Indem Iglesias Selbstständige, Kleinunternehmer, frühauftretende Arbeitende wie Arbeitslose, alleinerziehende Mütter oder ihre Renten streckende Großeltern auflistet, zeichnet sich ein relativ heterogenes Bild einer Bevölkerung ab, die trotz aller finanzieller Schwierigkeiten und Hindernisse weiter-

macht, weiter ihren Alltag meistert, weiter ihre bezahlte oder unbezahlte Arbeit leistet. Ihre Äquivalenz rekurriert auf die von ihnen geteilte Erfahrung der Verletzlichkeit und der Armut – oder, psychoanalytisch: des Mangels. Es ist eine Verletzlichkeit, die wohlge-merkt nicht naturgegeben ist, sondern für welche die antagonistische Seite in Haftung genommen wird. Gegenüber der korrupten Elite erscheinen auf diese Weise die normalen Menschen als Sinnbild einer Tugendhaftigkeit, die sich Podemos zu eigen machen möchte, um dieses Volk zu repräsentieren und in seinem Namen zu regieren. Dass Iglesias am Ende seines einminütigen Appells das Motto *Sí se puede!* zitiert und sich dabei mit der Faust auf die linke Brust klopft, legt dar, dass dieser Repräsentations- und Regierungsanspruch »des Volkes« nicht als soziale Tatsache besteht, sondern als politische Gegebenheit entstehen *kann*. Podemos ist, Iglesias verbirgt es nicht, ein politisches Projekt, dessen ganzer Impetus sich darauf richtet, mit dem derzeit herrschenden Segment der spanischen Bevölkerung zu brechen, um die beherrschten Bevölkerungsgruppen zu ermächtigen.

4 Spanischer Linkspopulismus, eine Gesamtschau

Am 20. Dezember 2015 zieht Podemos in das spanische Parlament ein. Mit 20,7 Prozent und 69 von 350 Abgeordneten lässt die Kraft rund um Pablo Iglesias ihren außerparlamentarischen Status hinter sich und wird nach den Konservativen (28,7 Prozent, 123 Sitze) und Sozialisten (22 Prozent, 90 Sitze) zur drittgrößten Fraktion im *Congreso de los Diputados*.⁵⁸ Aus dem Stand überzeugt sie mehr als fünf Millionen Wähler, in Katalonien und dem Baskenland wird sie die stärkste, in Madrid, Navarra oder auf den Balearen die zweitstärkste Kraft. Es ist ein überragendes Ergebnis. »Heute ist ein neues Spanien geboren«, behauptet Iglesias nicht ohne Stolz nach der Wahl. Doch so zufrieden die Statements der Podemos-Politiker wirken, es schwingt auch Enttäuschung mit. »Den Himmel nimmt man sich im Sturm, nicht im Konsens«, dieses kämpferische Mantra der neuen Partei markierte zwei Jahre lang, seit ihrer Gründung im Januar 2014, ihre Ambitionen auf eine blitzartige Regierungsübernahme. Podemos setzte darauf, gegenüber den konservativen Parteien eine linksgerichtete Koalition *anzuführen*, die der Austeritätspolitik ein Ende setzt und tiefgreifende Verfassungsreformen angeht. Und wenn dies misslingen sollte, so wollten Iglesias, Errejón und Co. zumindest die größte Oppositionskraft sein, um die Alternative zum Ist-Zustand zu verkörpern. Beides tritt am 20. Dezember 2015 nicht ein. Die Konservativen haben gesiegt, die Sozialisten sind (knapp) vor Podemos platziert.

Trotz allem hat Podemos binnen zweier Jahre eine beeindruckende politische Präsenz erreicht. Ende 2015 ist die Partei nicht nur in allen Regionalparlamenten vertreten, sie beteiligt sich auch an neuen linken Wählerplattformen, die seit Juni 2015 in Spaniens Metropolen, von Madrid und Barcelona über Zaragoza und Valencia bis hin zu A Coruña und Cádiz, regieren. Das gegenhegemoniale Projekt, das Anfang 2014 noch eine vage

58 Ciudadanos, die andere neue Partei, wird mit 14 Prozent und 40 Sitzen zur vierten großen Fraktion. Die Diskrepanz zwischen prozentualem Stimmanteil und Parlamentssitzen ist den Besonderheiten des spanischen Wahlrechts geschuldet.